

Bezugspreis:
Monatlich 2,00 M., monatlich 1,00 M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Post- bezug: Monatlich 1,00 M., ein- und zweimonatlich 2,00 M. Unter Kreuzband für Deutschland, Ostpreußen, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Rumänien 2,00 M. für das übrige Ausland 2,00 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimweh“ und der Beilage „Bildung und Kitzgarten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Anzeigen kosten 1,50 M. „kleine Anzeigen“ das fertige Wort 1,50 M. (größerer Schriftsatz 2,00 M.). Jedes weitere Wort 1,00 M. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 1,00 M., jedes weitere Wort 50 Hg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Adressanten 1,00 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden- straße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Mariaplatz 15195-97
Expedition Mariaplatz 11753-54

Donnerstag, den 11. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten- Abteilung Mariaplatz 11753-54

Die Verfassungsfeier.

Das Opernhaus unter den Linden, das früher so viele hoffliche Veranstaltungen gesehen hat, vereinigte heute mittag alles, was in der deutschen Republik führende Stellungen des öffentlichen Lebens bekleidet oder ihr sonst an hervorragender Stelle dient. Eine Kompanie der Reichswehr erwies dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler die Ehrenbezeugung. Das Orchester der Staatsoper war auf der Bühne untergebracht, und als der Vorhang hochging, erblühte man auf der Rückwand den neuen Reichsadler, der auch vorne das Rednerpult schmückte. Das geschlossen und großzügig wirkende Bild hob sich schwarz mit roter Bemehrung von goldenem Grunde ab. Der eigentliche Orchesterraum vor der Bühne war durch eine goldschimmernde Fläche überdeckt, so daß die Verbindung von Rednerpult und Zuhörerraum, die sonst in einem Theater schwer zu finden ist, glücklich gelöst war. Mit einfachsten Mitteln war ein repräsentativer Rahmen geschaffen, in dem ein der ersten Stunde entsprechender Ton zum Ausdruck kam und in dem etwas vom Gefühl nationaler Selbstachtung Form gewann.

Unter der befeuernden Leitung Leo Baecks erklang Webers schwungvolle „Freischütz“-Ouvertüre. Dann senkte sich der Zwischenvorhang vor das Orchester und an das Rednerpult trat

Reichskanzler Dr. Wirth

Er gedachte zunächst des Ernstes der Stunde, in der über das Schicksal Deutschlands und vielleicht auch Europas in Paris die Würfel gemorfen werden. Darum keine leise Feier, kein süßer Klang, wohl aber eine Stunde ruhigen und ernstesten Besinnens und Rückschauens auf den Weg, den unser Staat nach der großen Katastrophe gegangen ist.

Wir sehen heute unter uns den Präsidenten des Deutschen Reiches als den ersten Repräsentanten der demokratischen Republik, die Minister, die Abgeordneten, die Vertreter der Völker, hervorragende Führer unseres sozialen und schaffenden Lebens, Männer der Kunst, der Wissenschaft, Beamte und Angehörige der Wehrmacht, der der Schutz der Verfassung und des Staates anvertraut ist. Unser Ideal wäre es gewesen, was die freiheitlichen Dichter, insbesondere Gottfried Keller, ersehnt und besungen haben —

an einem frohen Sommertag den Bund des ganzen Volkes zu besiegeln. Groß ist die Zeit dazu nicht gekommen, aber wir hoffen, daß der große demokratische Leitgedanke, der uns heute zusammengeführt hat, in nicht zu ferner Zeit Gemeingut des ganzen deutschen Volkes werden wird. Dieser Gedanke verkennt gewiß nicht die ungeheuren trennenden Gegensätze zwischen den Volksklassen, zwischen Besitz und Arbeit, zwischen denen, die um die alte Zeit trauern, und denen, die stürmisch und leidenschaftlich allzu schnell nach vorwärts trachten. Soll aber nicht alles zertrümmert werden, so muß Verfländigung und Veröhnung angestrebt werden. Ziel und Sinn unseres politischen Lebens ist die Rettung des deutschen Volkes, die Sicherung seiner nationalen Einheit und die Wiederbegründung seiner materiellen Wohlfahrt. Alles das ist nach unserer Auffassung nur möglich durch die demokratische einheitsliche deutsche Republik. So findet

der deutsche nationale Gedanke seinen besten Ausdruck in der Weimarer Verfassung

vom 11. August 1919. Erinnern wir uns der damaligen Prophezeiungen vom vollkommenen Zusammenbruch und der inneren Gärungen, so sehen wir heute an der Befriedung und an der zwar langsamen aber sicheren Wiederkehr der inneren Ruhe, was geschaffen ist.

Wohin wäre Deutschland gekommen,

wenn nicht die Nationalversammlung alle Kraft eingesetzt hätte zur Schaffung der Verfassung! Die Impulse nach Schaffung der Nationalversammlung, in der sich der Wille des deutschen Volkes nach seiner staatlichen Zukunft ausdrücken konnte und des wiedererwachenden Arbeiterwillens drängten zur Nationalversammlung als der Verschmelzung des demokratischen und sozialen Gedankens. Die große Mehrheit unseres Volkes hatte sich in dieser Forderung zusammengefunden und die Geschichte wird es einst als Großtat vermerken, daß sich Arbeiterschaft und Bürgertum unter Hintansetzung vieler widerstreitender Interessen zum Wiederaufbau vereinigt haben. Großen Teilen unseres Volkes schwebten dabei

die nie verblähten Ideale von 1848.

nationale Einheit und innere Freiheit vor, und sie wurden der Leitstern der Nationalversammlung.

Die großen Prinzipien unserer Verfassung liegen in der Richtung der geschichtlichen Entwicklung: Ableitung der Regierungsgewalt vom Volkswillen, Bestimmung der Staatsform durch den Willen des Volkes, Veröhnung der Klassen und Stände durch sozialen Geist der Gesetzgebung und Aufrechterhaltung des Reiches in seiner geschichtlich gewordenen Länderstruktur. Diese Grundgedanken der Verfassung haben ihre werdende Kraft bewiesen bei den Volksabstimmungen in Schleswig-Holstein, Westpreußen und Oberschlesien, und diese

demokratischen Gedanken können durch keinen Beschluß wieder aus der Welt geschafft werden.

(Bravo!) Nur unter der Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft, die in ihren Organisationskämpfen ein hohes Maß staatsbürgerlicher Disziplin bewiesen hat, konnte der nationale Volksstaat gegründet werden. Das furchtbare Erbe, das mit Atlaschwere auf unseren Schultern lastet, kann nur getragen werden, wenn der alte Obrigkeitstaat ersetzt ist durch den Volksstaat. Nur durch die Zusammenfassung aller Kräfte, durch die Mitwirkung auch der breitesten Massen des Volkes wird es möglich sein, das unendlich schwere Los, das uns geblieben ist, zu tragen und nach Jahren der Arbeit und auch des Opfers schließlich zu meistern.

Darum mußte die Verfassung von Weimar demokratisch sein; es war ein Gebot der Logik, aber auch ein Gebot unseres Zieles, das Rettungswerk in zäher Arbeit schließlich zu vollenden.

Ueber alle Sorgen, die der Ausbau der Verfassung uns bereiten kann, geht

Die Sorge um das Schicksal Oberschlesiens.

Wir sind uns klar darüber, daß mit Oberschlesien auch über das Schicksal Deutschlands und damit auch Europas eine bedeutsame Entscheidung fällt. Lassen Sie mich noch einmal in diesem Augenblick der Hoffnung Ausdruck geben, daß die in Paris versammelten Männer sich der Schwere ihrer Verantwortung gegenüber Europa und gegenüber der ganzen Menschheit bewußt sind und zu einer gerechten Entscheidung kommen, die dem deutschen Volke die Lebens-

möglichkeit erhält. Erst vor wenigen Monaten haben wir durch die Unterzeichnung des Londoner Ultimatums Casten auf uns genommen, wie kein Volk in der Geschichte jemals — wir haben sie auf uns genommen, obwohl ernste Männer und weise Kreise unseres Volkes uns das nicht glauben, anraten zu können. Wir haben in den letzten Monaten den ersten Willen zur Erfüllung bewiesen und haben darum ein Recht zu hoffen und zu verlangen, daß man uns nicht die Schaffensmöglichkeit nimmt, die die Voraussetzung für so ungeheure Lasten ist. Wer Angeheures leisten will, muß den negierenden, unfruchtbarsten Tagespessimismus von sich weisen, und wir müssen trotz allem, was sich ereignet hat, mit Optimismus ans Werk gehen. Das deutsche Volk will sein Recht und erarbeitet sich sein Brot in täglicher Arbeit.

Wehe denen, die diesem Volk, das guten Willens ist, Steine reichen!

Ein Volk, das den Weg von 1918 bis 1921 gegangen ist, das nach einem solchen Zusammenbruch sich ausgerafft hat zur Arbeit, zur Selbstverantwortung und zur sittlichen Freiheit, das hat den Anspruch auf ein gleichwertiges Daseinsrecht, einen Anspruch an alle anderen Völker der Erde und an die eigene Zukunft (Bewegung.)

Das Recht zu der Hoffnung, einst in einem gesicherten Staatswesen diesen Tag als ein frohes Fest des gesamten Volkes feiern zu können, erblicken wir in dem Willen unseres Volkes, der niedergelegt ist in den denkwürdigen Eingangsworten unserer Verfassung. Früher der Bund der Fürsten nach einem siegreichen Kriege — jetzt ein Volk, das einzig in seinen Stämmen, von dem Willen befeuert, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, sich diese Verfassung gegeben hat. Diese Welt der Freiheit und Gerechtigkeit ist der ruhende Pol in der Erscheinungslucht in unserer gärenden, sturmbelegten Zeit. Diesem Stern der Freiheit und Gerechtigkeit folgen wir, mag auch die Welt über uns und neben uns noch so sehr bekümmern. Wir werden den Gedanken der sozialen Freiheit, der sozialen Wohlfahrt und des Fortschrittes trotz alledem pflegen. Wir werden aufwärts gehen, wenn wir selbst alle dem treu sind, was die Verfassung in ihren Eingangsworten in erster Stunde niedergelegt hat.

Laut und herzlich war der Beifall, der dieser Rede folgte. Der Reichskanzler hatte auch nicht unterlassen, mit einigen Worten der Verjüngung zu gedenken, die von Minderheiten links und rechts unternommen worden sind, den Willen des deutschen Volkes zu verewaltigen.

Im von den Privathäusern gar nicht zu reden —, auch eine ganze Anzahl Amtsgebäude hatten nicht ge-
schlagt. Wir sind uns klar darüber, daß es sich in diesen Fällen weder um Bergelichtheit noch um Fahnenmangel handelt, und die Regierung kann uns leid tun, die die Schuldigen an dieser stillen Demonstration gegen die Republik nicht zur Verantwortung zöge! Zweifellos werden gewisse Ententeblätter aus dieser Erscheinung Schlüsse auf die Festigkeit der Republik ziehen; wenn sie die Ursache wissen wollen, brauchen sie sich nur an Versailles zu erinnern!

Kriegskorruption.

Das „Berliner Tageblatt“ brachte in der heutigen Morgenausgabe unter allem Vorbehalt Mitteilungen seines Wiener Korrespondenten, die näheres über sensationelle Enthüllungen aus der Sphäre der Kriegskorruption enthalten. Diese Enthüllungen sollen in einer Denkschrift enthalten sein, welche der frühere österreichische Altmeister v. Lustig im Verlaufe eines Korruptionsprozesses dem Wiener Divisionsgericht überreicht habe. Lustig war seinerzeit Vertreter des österreichisch-ungarischen Kriegsministeriums beim preussischen Kriegsministerium. Lustig führe in der erwähnten Denkschrift an, daß er während des Krieges im Einverständnis und im Auftrage seiner vorgelegten Behörde in vielen Fällen hohe Beamte und Offiziere des preussischen Kriegsministeriums mit großen Summen be-
suchen habe. Auf diese Weise sei es ihm gelungen, Waren und Kriegsmaterial im Werte von mehr als 3 1/2 Milliarden Kronen vielfach mit Hilfe gefälschter Dokumente nach Oesterreich zu schaffen.

Herr v. Lustig sendet uns in dieser Sache die Abschrift einer „Aufklärung“, die er nach seinen Angaben an das „B. L.“ geschickt hat. In ihr wird betont, daß er niemals Beamte oder Offiziere des preussischen Kriegsministeriums zu irgendeinem Zwecke bestochen habe. Er habe auch niemals von irgendwelchen amtlichen österreichischen oder ungarischen Behörden einen Auftrag hierzu oder Geldmittel für diesen Zweck erhalten. Seine Aufgabe als Vertreter des k. u. k. Kriegsministeriums sei es nur gewesen, behufs Deckung der Heeresbedürfnisse die Ausfuhr von Waren und Kriegsmaterial aus Deutschland nach Oesterreich-Ungarn zu erwirken. Er wisse nicht,

welchen Umfang diese Ausfuhr erreicht habe, habe auch niemals mit gefälschten Dokumenten gearbeitet.

Von anderer Seite wird uns zu diesem Thema das Folgende geschrieben:

„Dieser Herr Lustig (wie's trifft, nenn er sich auch von Lustig, manchesmal auch Großkaufmann usw.) hätte vielleicht besser getan, seine „Memoiren“ in seinem Palais, Tiergartenstr. 18a, vergeschlossen zu behalten. Von dem Herrn Lustig als den ungekrönten König der Tschechoslowakei bezeichnen, dessen Volpenname bis tief in die parlamentarischen Kreise dieses Landes reicht. Beim Zusammenbruch des Deutschen Reiches in den schrecklichen Noembertagen 1918 war er der einzige, der mit der — bayerischen Heeresverwaltung Geschäfte abma-
te zwecks Lieferung von allerlei Heeresgerät an die Tschechoslowakei. Daß die letztere geschäftlich hierbei sehr nachteilig abwich sei nur nebenbei bemerkt. Seitdem wagt er sich im großen auf alle möglichen und unmöglichen Gründungen unter den Hittichen der tschechoslowakischen Republik. So entstand hier am Potsdamer Platz die Handelsvereinigung der tschechoslowakischen Banken, welche sich zur Zeit darauf häutete, sie wurde der Tschechoslowakische Bankverein. Nebenbei gründete er auch die Tschechoslowakische Handelsgesellschaft in der Bohlstraße und ist ungenannter Partner bei zahlreichen in- und ausländischen Unternehmungen mitunter nicht ganz heller Art. Er bemüht sich krampfhaft — wenn auch unberechtigt im Namen der Tschechoslowakischen Republik — Fühlung zu nehmen mit Stinnes, und tatsächlich sind seine Unterhändler mit Stinnes wiederholt in Verhandlungen getreten. Die Verhandlungen bezogen sich auch erbedelichtheits auf Erwerb sogar von linksstehenden Blättern in der Tschechoslowakei.“

Wir veröffentlichen auch diese Mitteilungen unter allem Vorbehalt. Die Sache scheint dringend gründlicher Klärung zu bedürfen.

Internationale Pazifistenkonferenz.

Paris, 10. August. (W.Z.) Havas berichtet aus Luxemburg: Die Internationale Friedenskonferenz wurde heute normittag eröffnet. Safontaine (Belgischer sozialistischer Senator, Red.) wurde zum Vorsitzenden gewählt. Die Teilnehmer an dem Kongress wurden offiziell im Rathaus empfangen, wo der Bürgermeister so willkommen hieß und die besten Wünsche für den Erfolg ihrer Arbeiten ausdrückte. Den deutschen Delegierten riet er, vor allem den Frieden in ihrem Lande zu organisieren und daran zu arbeiten, daß das demokratische Regime dort Wurzel fasse. Wenn die deutsche Demokratie eine lebendige Tatsache werde, so werde das Werk der Vergeltung beendet sein und der Friede werde auf der ganzen Welt herrschen. Safontaine brachte in seiner Antwort den Dank der Versammelten zum Ausdruck und unterstrich die Worte, die über die deutsche Mitarbeit gesagt worden waren.

Nürnberg opfert für Rußland.

Nürnberg, 11. August. (W.Z.) In seiner gestrigen Sitzung sagte der Stadtrat mit den Stimmen der sozialistischen Mehrheit den Beschluß, zur Hilfsaktion für das russische Volk einen Betrag von 50 000 Mark aus Stadtmitteln beizusteuern.

Reval, 10. August. (W.Z.) Der große Sänger Schajapin wendet sich in einem Aufruf an die Künstler der ganzen Welt um Hilfe für die russischen Hungergebiete.

Oberster Rat und Militärkontrolle.

Paris, 10. August. (WZ.) In der heutigen Nachmittagsitzung des Obersten Rates, der von 4 bis gegen 8 Uhr dauerte, wurde die Frage der Luftschiffahrt in Deutschland behandelt. Marschall Foch unterschied zwischen Militär- und Zivilschiffahrt. Diese Frage und die der Kontrolle veranlaßten den Obersten Rat, den Stand der Tätigkeit verschiedener Kontrollkommissionen in den ehemals feindlichen Ländern durchzusprechen. An der Erörterung beteiligten sich Vertreter aller Delegationen. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Es wird beschlossen, die Frage der Kontrollkommissionen dem Interalliierten Militärrat in Versailles, das Vertreter der Marine- und der Luftschiffahrt hinzuzieht, zu überweisen. Die Interalliierte Militärkommission soll in ihrem Bericht an die Regierungen den Stand der von den Kontrollkommissionen verrichteten und dort noch zu verrichtenden Arbeiten bekanntgeben. Sie soll Vorschläge über die Form machen, unter der künftig vom militärischen, Marine- und Luftschiffahrtsstandpunkt die Überwachung der Ausführung der Vertragsklauseln von Versailles sichergestellt werden kann.

Der Oberste Rat besprach alsdann die Frage der Hilfe an Rußland und nahm einstimmig einen Beschluß an, eine internationale Kommission einzusetzen, die die Möglichkeit einer Hilfeleistung für die hungernde Bevölkerung prüft. Die Kommission wird morgen gebildet werden. Die nächste Sitzung des Obersten Rates findet Donnerstag nachmittags um 5 Uhr statt.

Die beiden Thesen.

Paris, 11. August. (WZ.) Ueber die Besprechung der Frage der deutschen Luftschiffahrt im Obersten Rat berichtet Havas noch folgendes: Es standen sich zwei Auffassungen gegenüber. Von englischer Seite wurde erklärt: man solle Deutschland Vertrauen schenken und vorweg an seinen guten Willen glauben; es müßte denn den Beweis des Gegenteils liefern. Der Krieg ist nunmehr seit drei Jahren zu Ende, wir müssen endlich einmal zu einem weltlichen Frieden kommen und alle Organisationen aufheben, die noch zu sehr an den Krieg erinnern. Es ist daher geboten, es dem Völkerbund zu überlassen, die nötigen Nachforschungen über die militärische Lage in Deutschland anzustellen, so wie es Artikel 213 des Friedensvertrages von Versailles bestimmt. Diesen Ausführungen trat Briand mit folgender Begründung entgegen: Frankreich hat schon seiner Lage nach ein ganz anderes Verhältnis zu Deutschland als England, das vor jedem Angriff durch seine Lage geschützt ist. Frankreich hat eine gemeinsame Grenze mit dem Volk, das zu allen Zeiten, seine Geschichte beweist es, nur daran gedacht hat, es anzugreifen. (1) Es hat daher wohl ein gewisses Recht, misstrauisch zu sein und sich die Gewißheit zu verschaffen, daß seine kriegerischen Nachbarn ihren Angriff nicht wieder beginnen werden. Daher will Frankreich die Kontrollorganisationen dauernd beibehalten.

Paris, 11. August. (GZ.) Zu der gestrigen Nachmittagsitzung liegen noch einige bemerkenswerte Einzelheiten vor: Lord Curzon widersetzte sich mit größter Eindringlichkeit dem französischen Vorschlag, die interalliierte militärische Kontrollkommission für Luftschiffahrt in Deutschland weiterbestehen zu lassen. Diesen Standpunkt unterstützte auch della Torretta, der darauf hinwies, daß gemäß dem Friedensvertrage die Militärkommission zu verschwinden habe und die Kontrolle der Rüstung nunmehr durch den Völkerbund zu erfolgen habe. Dagegen erklärte Baron Hapashi, daß es sich hier um militärisch-technische Fragen handle, die von den militärischen Führern behandelt werden sollten. Auch Jaspard sprach sich in gleichem Sinne aus. Er fand die Anschauung Lord Curzons zu liberal und erklärte, daß eine genaue Überwachung Deutschlands notwendig sei. Briand führte aus, daß er an Großmut für Deutschland hinter England und Italien nicht nachsehen wolle, doch müsse er bemerken, daß sich Frankreich Deutschland gegenüber in einer besonderen Lage befinde und Frankreich und Belgien durch die deutschen Rüstungen (1) bedroht würden. Vor noch drei Monaten habe Deutschland die Abrüstung verweigert. Seitdem seien neue geheime Waffenlager und Depots aufgefunden (?) worden. Man könne also nicht auf die Kontrolle verzichten. Was den Völkerbund anbe-

lange, so sei dieser erst ins Leben getreten und könne eine derartige Aufgabe nicht erfüllen. Lloyd George bemühte sich, die Anschauungen Lord Curzons und Briands in Einklang zu bringen. Endlich wurde beschlossen, die ganze Angelegenheit der interalliierten Militärkommission zu überweisen. Diese wird nunmehr den Regierungen einen Bericht erstatten, worin bekanntgegeben wird, welche Arbeiten die Kontrollkommission bisher in Deutschland verrichtet hat und welche Arbeiten noch erledigt werden müssen. Es wurde ferner beschlossen, daß in Zukunft die militärischen, maritimen und Luftfahrtsleistungen in Deutschland überwacht werden müssen.

Paris, 11. August. (WZ.) Der Oberste Rat hat in seiner gestrigen Nachmittagsitzung, wie bereits gemeldet, sich für die Hilfe für Rußland ausgesprochen. Ministerpräsident Briand erklärte, die französische Regierung habe gesagt, der Oberste Rat könne an einem so großen Unglück, wie es das russische Volk betroffen habe, nicht achtlos vorübergehen. Alle Verbündeten und Frankreich insbesondere dürften die Hilfe nicht verpassen, die Rußland während des Krieges geleistet habe. Briand schlug vor, sich der Hilfeleistung des Roten Kreuzes und der Hoover'schen Organisation anzuschließen, ohne daß die Hilfe dadurch offiziell werde. Nach seiner Ansicht könne man sich durch Vermittlung der tschechoslowakischen Regierung mit dem russischen Volk in Verbindung setzen. Lloyd George wies auf die Schwierigkeiten der Frage hin, da 18-25 Millionen Menschen von Hungersnot und Cholera betroffen seien. Eine Hilfe sei nicht möglich, wenn die russische Regierung dem Roten Kreuz nicht Erleichterungen gewähre. Getreide müsse in gewisse Bezirke gebracht werden. Der italienische Minister Bonomi stellte die Hilfe seiner Regierung in Aussicht. Der amerikanische Botschafter Harvey erklärte, er stehe zur Verfügung, nützliche Zusätze über die Absichten der Organisation Hoovers zu erteilen. Der belgische Außenminister Jaspard schlug Einsetzung eines Sonderausschusses vor, der alle erforderlichen Maßnahmen treffen solle. Schließlich sprach Lord Curzon über Maßnahmen, die er in Indien während der Hungersnot getroffen hat. Der Oberste Rat nahm alsdann die bereits mitgeteilte Entscheidung an.

„Sachverständigen“-Dilettantismus.

Paris, 11. August. (WZ.) Wie „Petit Parisien“ mitteilt, hat der Sachverständigenausschuss gestern seine Arbeiten nur teilweise fortgesetzt; nur der erste Teil seines Berichtes sei beendet gewesen. Noch eine Vormittagsitzung sei notwendig, um Unterlagen zu schaffen, die der Oberste Rat brauche, um sich erneut mit der oberhalbstehenden Frage zu befassen.

„Petit Parisien“ und andere Blätter haben hervor, es sei nicht sicher, daß der Sachverständigenausschuss sich über eine eigentliche deutsch-polnische Grenzlinie einigen könnte. Die Aufgabe bestehe im wesentlichen darin, den industriellen oberhalbstehenden Mod zu teilen, indem man im Innern des Landes eine Anzahl wirtschaftlicher Zonen schaffe, die von einander losgerückt werden könnten. Nach dem „Petit Parisien“ sind bis gestern nachmittags (1)

16 verschiedene Zonen gebildet

worden. Diese ins Einzelne gehende Zerstückelungsarbeit erleichtere zwar nach halbamtlichen Blättern die Grenzführung, sehe aber der Erörterung über die Grenze kein Ende. Deshalb sollen die Regierungschefs die endgültige Entscheidung treffen. Briand, Lloyd George und Loucheur würden sich heute schon früh zusammensetzen und man würde die Erörterung eröffnen, bevor die Sachverständigen zum Abschluß gekommen wären. Das Blatt sagt zum Schluß, ein Bruch oder auch nur eine verlängerte Uneinigkeit wäre ein Verstoß gegen den gesunden Menschenverstand. „Matin“ meint ebenfalls, durch die Zerstückelungsarbeit sei die Grenze nicht leicht festzulegen. Es sei sicher, daß, wenn die Sachverständigen das Dreieck zum Beispiel in zehn wirtschaftliche Einheiten zerlegen würden, drei für polnisch, drei für deutsch und vier für zweifach erklärt würden. Das Blatt bemerkt weiter, man müsse hoffen, daß die Abtretung von Gleiwitz und Umgegend an Deutschland das

Höchstmäß der französischen Zugeständnisse (1) darstelle, und daß die Umgegend von Gleiwitz nicht allzu sehr ausgedehnt werde.

Paris, 11. August. (GZ.) Wenn eine Mitteilung des „Devoir“ richtig ist, war es namentlich der englische Sachverständige Hurst, der mehr den Anschauungen Lord Curzons als denen Lloyd Georges folgte und sich einer Aufteilung des Industriegebietes auf das energischste widersetzte. Er erklärte, daß die Randgemeinden notwendigerweise an die Städte angeschlossen werden müßten, selbst wenn sie in der Mehrheit von Polen bewohnt wären. Auf diese Weise werde das einstige Projekt Percivals nur wenig verändert.

Nach dem „Petit Parisien“ erklärte gestern Abend eine Persönlichkeit aus der Umgebung Lloyd Georges: „Entweder man gelangt heute zu einem Einvernehmen oder es kommt zur Trennung. Aber ein Bruch oder nur eine Fortdauer des Mißverständnisses würde eine direkte Herausforderung an die gesunde Vernunft bedeuten.“ Das „Echo de Paris“ rechnet aber trotzdem mit der Möglichkeit eines Bruches und tritt dafür ein, daß Briand sich von den Versprechungen, die er gegeben habe, losmache. Im Auswärtigen Amt herrsche der Einfluß Briands nicht unbestritten vor, wenn er auch sehr oft den Sieg davongetragen habe. Aber Lloyd George sei entschlossen, die Dinge auf die Spitze zu treiben und seinen ersten Erfolg auszunutzen. Bertinax befürchtet im „Echo de Paris“, daß Deutschland den Löwenanteil davontragen werde; es würde das Zentrum des Industriegebietes bekommen, während sich Polen mit den Grenzdistrikten begnügen müßte.

Die Londoner Presse optimistisch.

London, 10. August. (WZ.) Die Abendblätter heben den Erfolg Lloyd Georges in Paris hervor und sagen, man erwarte allgemein, daß der Oberste Rat zu einem Uebereinkommen in der oberhalbstehenden Frage entweder heute Abend oder morgen kommen werde.

„Wall Mall and Globe“ schreibt, die Rede Lloyd Georges habe auf den Obersten Rat einen großen Eindruck gemacht, und die Aussichten in Paris hätten sich weiter gebessert. Die heutigen offiziellen Mitteilungen aus Paris besagten, daß der übermächtige Erfolg der Rede Lloyd Georges erst voll gewürdigt werden könne, wenn die Bedingungen der endgültigen Lösung des oberhalbstehenden Problems bekanntgegeben seien. Ein englischer Minister erklärte heute, Lloyd George habe eine Atmosphäre geschaffen, in der die Schwierigkeiten verschwinden müßten. Briand und die anderen verantwortlichen Mitglieder der französischen Regierung seien vollkommen davon überzeugt, daß Lloyd George danach strebe, die Entente ungeschwächt aufrechtzuerhalten, daß er jedoch entschlossen sei, zu verhindern, daß Frankreich auf eigene Verantwortung die Grenzen des Friedensvertrages überschreite. Vor seiner Abreise von London sei es Lloyd George durchaus klar gewesen, daß es zwischen ihm und der französischen öffentlichen Meinung hart auf hart gehen werde, wie er selbst erklärte. Er sei jedoch unerschrocken gewesen.

Die Begegnung Masaryk-Hainisch.

Halle, 10. August. (WZ.) Der Präsident der tschechoslowakischen Republik Dr. Masaryk, begleitet vom Minister des Auswärtigen Dr. Benes, und Bundespräsident Dr. Hainisch mit Bundeskanzler Schober hatten heute in Seitzl eine Begegnung. Nach kurzem Aufenthalt wurde die Weiterfahrt nach Halle angetreten, während der die beiden Präsidenten eine halbe Stunde lang allein im Gespräch verblieben. Später nahmen auch Minister des Auswärtigen Dr. Benes und Bundeskanzler Schober an der Unterredung teil. Um 1 Uhr trat der Zug in Halle ein, von wo die beiden Präsidenten nebst Begleitung zu Schiff nach Markt-Halle fuhren, wo sie von der Ortsbevölkerung herzlich begrüßt wurden. Gegen 5 Uhr wurde die Rückfahrt angetreten.

Wien, 10. August. (Korrbureau.) Die Zusammenkunft zwischen dem Präsidenten der tschechoslowakischen Republik Dr. Masaryk und dem Bundespräsidenten Dr. Hainisch hatte ein vollständig befriedigendes Ergebnis. Eine ganze Reihe von wirtschaftlichen und politischen Fragen, die für die Weiterentwicklung der beiden benachbarten Republiken von größter Bedeutung sind, wurde erörtert.

Tragische Hochzeit.

Das Meer glänzt wie ein großer Kristall. Von unten leuchten bunte Steinchen. Jeder Kiesel auf dem Grund ist heute sichtbar. Himmel, Wasser, weicher Dünenrand, ein Farbenspiel in stimmender Sonne getaucht. Wir kommen Gedanken vom großen Frieden der Natur.

Aber was sind das für schwarze Punkte, die vor mir auf dem Wasser treiben? Eine ganze Strecke ist von ihnen bedeckt. Jetzt habe ich sie schwimmend erreicht und sehe...

Vor mir auf dem Wasser schaukelt ein großes geflügeltes Ameisenweibchen. Es liegt auf dem Rücken, der keulenförmige Hinterleib, an dem sich die Atmungsorgane befinden, ist krampfhaft nach oben gekrümmt. Aber das Tier sieht so seltsam aus, als hätte es zwei Paar Flügel? Jetzt habe ich es dicht vor Augen und sehe, daß noch ein zweites winziges Insekt sich krampfhaft an das größere klammert. Und dort auch, dort auch! Jede dieser schwimmenden ertrinkenden Ameisen trägt am emporgereckten Hinterleib noch einen kleinen Gefährten, ein lebendiges Boot segelt sie mit ihm aufs hohe Meer.

Und nun weiß ich, daß hier ein großes Hochzeitsfest tragisch endet. Von der stimmenden Sonne gelockt sind unzählige Ameisen zum Hochzeitsflug emporgeschwungen, die großen Weibchen und die kleinen Männchen. In der Luft haben sie sich in frohem Spiel gepaart. Aber der leise Wind, den ich kaum als lindes Hauch verspüre, der nicht einmal das Wasser zu kräuseln vermag, hat sie aufs Meer hinausgetrieben. Und dann sind sie, vom Liebespiel ermattet, herabgesunken, — oder ist ihnen die weite grüne Fläche als eine große Wiese erschienen? Manche, die mit den Weibchen den Spiegel berühren, gewahren ihren Irrtum und schwirren wieder auf, aber tragisches Geschick — sie fliegen weiter seawärts, um bald abermals in die trügerische Fläche zu versinken. Die meisten aber wirft ein kaum sichtbarer Wellenschlag auf den Rücken, sie rubern noch stundenlang, das Männchen läßt sich vom Weibchen tragen, bis eine Welle sie trennt, das Wasser beide herabzieht, oder ein gieriges Fischmaul sie erschnappt.

Ein ertrinkender Hochzeitsflug. Die Katastrophe einer großen Liebesfahrt. Vielleicht der Untergang eines Volkes. Unwillkürlich fällt mir eine alte Schifferballade ein von der Hochzeit, die in der Sturmflut ertrinkt.

Ich schwimme ans Land. Meer, Himmel, weicher Dünenrand — der große Dreiklang leuchtet fort. Aber an die Güte der Natur vermag ich nicht mehr zu denken... Peter.

Die unheilbare Kriegspsychose. Die Berliner Zeitung „Hörmann“ bringt heute eine phantastische Geschichte über einen angeblichen Kriegsrat in Berlin, der in den letzten Tagen stattge-

funden haben soll. Angeblich wohnten diesem Kriegsrat Dr. Wirth, Ebert und zwei oder drei Minister bei, auch Ludendorff (!!) war anwesend. Man prüfte die Frage, ob, falls die Entscheidung über Oberschlesien für Deutschland nicht in der erhofften Weise ausfalle, man Polen und Frankreich den Krieg erklären (!!) könnte. Nur ein junger General des Obersten Generalstabes erklärte sich für den Krieg, die anderen waren der Ansicht, daß der Augenblick schlecht gewählt sei. Man sei noch nicht vorbereitet und müsse deshalb warten.

Wie wir aus Dallwitz aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren, hat sich die Sache etwas anders abgespielt. Es handelt sich nicht um einen Kriegsrat, sondern um einen Kronrat unter dem Vorsitz Eitel Schiederichs. Unter den Anwesenden bemerkte man u. a. den Chef der Roten Armee Max Hötz, der einen fertig ausgearbeiteten Plan für den Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Polen vorlegte. Auch war der „Bankier“ Grusser als Finanzberater auf besondere Einladung des Vorsitzenden hinzugezogen worden. Der vermeintliche junge General des Obersten Generalstabes war kein anderer als Fichtemann von der RWD. Es wurde in Wirklichkeit nicht nur der Krieg gegen Frankreich und Polen, sondern auch der rücksichtslose U-Bootskrieg gegen England und Amerika mit allen gegen eine Stimme beschlossen, und zwar die des Staatsministers Hergt, welcher erklärte, es habe keinen Zweck, auch den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären, denn diese seien europäisch und die Amerikaner würden doch nicht kommen. Als sie inzwischen erfahren hatten, daß ein Redakteur der „Hörmann“ an dem Kronrat teilgenommen und das ganze Komplott verraten hatte, begingen sie alle Selbstmord. Ihre Beerdigung hat in aller Heimlichkeit stattgefunden.

Ein deutscher Stadtbaurat für Tokio. Die japanische Hauptstadt sucht einen deutschen Ingenieur für die Leitung ihres Straßen- und Brückenbaus. Er soll, nach manchen Mißerfolgen, Tokio auch stadtbaukünstlerisch zu einer größeren Einheit und zu besserer Entwicklungsmöglichkeit verhelfen. Der Oberbürgermeister von Tokio hat die Auswahl des Technikers dem deutschen Botschafter in Tokio und dem japanischen Botschafter in Berlin überlassen.

Wenig Tokio wirklich sein Stadtbild verbessern will, das heute aus Laufen so gegenwärtiger Art wie den festsitzen alten Shinto-Tempeln und Mietshäusern schlechtesten europäischen Geschmacks bunt gemischt ist, so steht einem deutschen Stadtbaukünstler allerdings eine große und schwere, aber auch lohnende und aussichtsreiche Aufgabe bevor.

„Prominente“ Gegen. Herr Moissi, der im September in Wien, im November in Kopenhagen, im Dezember in Rumänien und zu Beginn des nächsten Jahres in Amerika gastieren wird, erhält — wie eine hiesige Korrespondenz mitteilt — am Wiener Deutschen Volkstheater eine Monatsgage von 100 000 Mark. Der dänische und amerikanische Goldregen dürfte nicht spärlicher fließen.

Abbau der Bücherpreise in Frankreich. Der große Pariser Verlag Flammarion hat sich entschlossen, den Preis für seine Select-Kollektion, der auf 1,20 Frank erhöht war, wieder auf 95 Centimes

herunterzusetzen. Das Publikum hat dem Verleger diesen Versuch schon gedankt; von den ersten Bänden der Kollektion, die zum neuen Preise abgegeben werden, sollen bereits 550 000 Stück verkauft sein, darunter Werke von Raupassant, Paul Bourget und Marcel Proust.

Die Frauenbewegung in Indien. Ein starkes Verlangen nach mehr Freiheit und größeren Rechten geht jetzt durch die ganze Frauenwelt Indiens, und diese Bewegung hat bereits bedeutende Erfolge gezeitigt. Eine eingehende Darstellung der indischen Frauenemancipation gibt H. Page, der Herausgeber des in Bombay erscheinenden anglo-indischen Blattes „Advocate of India“.

Die indischen Frauen haben es leichter als ihre Schwestern in den anderen asiatischen Ländern, weil ihr Kampf auf keinen Widerstand bei den Männern stößt. Die indische Ueberlieferung läßt der Frau freien Zutritt zu jeder Stellung, der sie sich gewachsen fühlt, und in der indischen Geschichte haben schon verschiedentliche Frauen eine wichtige Rolle gespielt. Gegenwärtig stehen alle politischen Vereine den Frauen offen, und die Männer unterstützen sie in ihrem Gleichberechtigungstreiben. Die bisherige Abgeschlossenheit der Frau von allem Verkehr mit Männern und hauptsächlich die Kinderheiraten haben aber die Frau vom öffentlichen Leben ferngehalten. Der Prozentsatz gebildeter Frauen ist besonders unter den Mohanmedanern sehr gering. Ein Mädchen, das im Alter von 12 Jahren an einen viel älteren Mann verheiratet wird, kann nur als Kind behandelt werden. Selbst wenn sie Mutter wird, bleibt sie doch noch von ihrem Manne abhängig und in der Zurückgezogenheit des Familienlebens. Wenn aber ihre Söhne heiraten und ihre Frauen unter die Obhut der Mutter stellen, dann erlangt die indische Matrone einen sehr bedeutenden Einfluß, und die Rolle, die sie als Schwiegermutter spielt, beweist, daß die frühen Heiraten in erster Linie für die untergeordnete Stellung der indischen Frau verantwortlich sind, denn die Männer begegnen der älteren Frau mit größter Achtung und folgen ihren Ratschlägen.

Die indischen Frauen, die die neue Bewegung leiten, verwenden all ihre Kräfte darauf, ihrem Geschlecht eine bessere Erziehung zuteil werden zu lassen, denn sie wissen, daß Kenntnisse die beste Grundlage sind, um einen Platz im öffentlichen Leben auszufüllen. Die Männer, die für ihre Freiheiten den Engländern gegenüber kämpfen, unterstützen die Bestrebungen der Frauen nachdrücklich. In der Stadtverwaltung von Bombay und Madras haben die Frauen bereits das Recht, Ämter zu bekleiden, und die gesetzgebende Körperschaft von Madras hat ihnen das volle Stimmrecht bei den Wahlen zugesprochen. Das politische Stimmrecht besitzen die Frauen auch in einigen anderen Staaten. Im Staate Cochin können sie sogar in die gesetzgebende Körperschaft gewählt werden. Ein Beweis für den Fortschritt der Frauenbewegung in Indien ist die Tatsache, daß eine Frau bereits Bürgermeisterin ist. Mit der Ausdehnung des Frauenstimmrechtes und der weiblichen Bildung wird die Stellung der Frau in Indien immer stärker werden und damit den anderen asiatischen Staaten als Vorbild dienen.

Spielpländerung. Im Theater in der Königsgrabenstraße muß die auf Sonnabend angelegte Straußführung von Hermann Sudermann „König“ infolge Erkrankung zweier Hauptdarsteller verschoben werden.

Neue Schule und alte Gesellschaft.

Von Paul Destréich.

Durch Erziehung pflanzt sich die Gesellschaft fort. Die alte Gesellschaft will dabei der Jugend ihre erstarrten „Heftigkeiten“ (Ideologismen), die in vergangener wirtschaftlich-geistiger Epoche einmal lebendig, zeitgemäß waren, einimpfen. Sie sind Herrschaftsmittel für sie geworden, um ihre innerlich längst unberechtigt gewordenen Besitztümer und Privilegien zu legitimieren. „Recht“, „Moral“, „Stand“, „Vaterland“, „Religion“ und „Philosophie“ werden so ausgelegt, daß diese Begriffe tödliche Waffen in den Händen der Fossilienmenschen werden. Die Jugend wird dadurch gleichfalls starr gemacht; geduldig betet sie dann die Götzen an, die einmal — lang ist es her! — lebendige Götter waren.

Die Jugend wiederholt am eigenen Leibe den Entwicklungsgang der Menschheit; sie muß, falls sie gesund und lebendig bleibt, hindurchschreiten bis zur Gegenwart, bis an die Schwelle unserer beginnenden, der „personalen“ Epoche (mit Müller-Lyer zu sprechen). Aber die ganze Umwelt ist erfüllt von rückständigen Ideologismen. So haben die meisten Jugendlichen nicht die Kraft, den doppelten Kampf in ihrem Innern und mit der Außenwelt siegreich zu führen; ein großer Teil unserer Jugend bleibt auf dem Standpunkt vergangener Entwicklungsstufen stehen, wird innerlich tot; ihre Nachkommen werden später von neuem den gleichen verzweifeltsten Kampf kämpfen, bis endlich eine Familie nach der andern vom neuen Geiste erobert wird und ihre Kinder in einer anderen Lebensluft aufwachsen läßt, die ihre Entwicklung nicht hemmt, sondern fördert.

Die Schule ist in erster Linie eine Funktion der Gesellschaft. Die Welt der Bedürfnisse und der Bedürfnisbefriedigung schuf im kapitalistischen System die „höhere“ Schule nach den Bedürfnissen, die Volksschule nach den Wünschen des Bourgeois, daß seine Kinder gehoramt und unnachdenklich, seine Diener gläubig und bescheiden würden. Nun stehen wir im Wirrwarr des Ueberanges vom alternden Kapitalismus zum sich ankündigenden Sozialismus, und wie im wirtschaftlichen brodet es im Schulischen. Das Schulideal der kommenden — sozialistischen — Zeit formt sich immer klarer: die produktive Einheitschule, innerlich differenziert und elastisch. Sie allein, getragen durch den Wirtschaftsprozess, kann die wirtschaftliche und geistige Bedürfnisbefriedigung des gesamten Volkes planvoll vorbereiten und ermöglichen. Damit sich die neue Gesellschaft bilde, ist die neue Schule der Gemeinschaft nötig, die die Persönlichkeit jedes Volksgenossen sich sozial entwickeln läßt.

Die alte Schule züchtete den rücksichtslosen Individualismus auf Kosten der anderen, indem sie den Kampf aller gegen alle zum Prinzip des Schullebens machte, indem der Lehrer das Recht des höchsten Mißtrauens gegen die Schüler, der Direktor das des höchsten Mißtrauens gegen die Lehrer, der Schulführer das des höchsten Mißtrauens gegen alle fast pflichtmäßig besaß. Die Zukunftsschule soll zur Gemeinschaft führen, die sich um führende Gruppen bildet, die am Gesamterwerb der Erziehung tätig mitwirken. Gerade die sozialistische Gesellschaft wird den produktiven Führertyp, die Fülle befreier Persönlichkeiten schaffen, bis eines Tages das ganze Volk aus „Persönlichkeiten“ besteht.

Die zwei Gesellschaftsordnungen, die alte im Besitz, in strapelloser, niederstumpfender Verteidigung, die neue im wirren, getriebenen Haufen herannahend, sie ringen um das Schul- und Erziehungswesen, um die Jugend. Dort Kommandier- und Barriermenschen, hier Führer und freie, ungenutzte Kameradschaft; dort Klasse und auferlegtes Gesetz, hier Arbeitsgemeinschaft und Selbstverantwortung.

Es geht um unsere Zukunft! Lassen wir die Schule in die Hände der Konfessionen fallen, während einige „weltliche“ Dafen vom Sturm umbrandet sich mühsam behaupten, so fällt die Jugend wieder und noch mehr den „Ideologismen“, den Fettsüchten der Vergangenheit anheim, um Jahrzehnte werden wir aufhalten! Darum muß das „Reichsschulgesetz“ zum Artikel 146 der Verfassung fallen oder so abgeändert werden, daß die „weltliche“, die „Gemeinschafts“-Schule, die wahrhaft zur Sittlichkeit und zur „Religiosität“, zur Hingabe an die Gemeinschaft erziehende, die Form wird! Sie übt keinen Gewissenszwang, wo die Konfessionelle und sogar die mit konfessionellem Religionsunterricht beglückte Simultanschule (die jetzt fälschlich „Gemeinschaftsschule“ heißt) nach Seelen fischen wird! Die Linksparteien sollten einen Kreuzzug für die Volksschule, für die Volksschule, ausprechen. Mit formaler „Loyalität“, mit nachgiebiger „Versöhnlichkeit“ ist nichts zu retten gegenüber den Kampfmannern und -mitten der kapitalistischen Gesellschaft! Sie ist rücksichtslos, egoistisch und profitgierig, aber noch mit heiserer Stimme kräht sie: „Religion, Gott, Unsterblichkeit, Himmel“, noch mit lahrender Hand weht sie mit der Fahne, auf der in Riesentetern prangt: „Vaterland“. So schreibt Siegfried Kawerau in seinem fundamental wichtigen, soeben erscheinenden Buche „Soziologische Pädagogik“ (Quelle u. Meyer), in dem er weitaußergreifend und tiefstehend die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Gesellschaft, Herrschafts- und Erziehungsformen aufdeckt. Alle Erzieher und — alle Väter und Mütter sollten es lesen, damit sie Scheuklappen abtun, damit sie die süßen Täuschungen der rückständigen Kirchengewalten durchschauen und begreifen, was der Jugend nottut, die unsere Zukunft bedeutet. Unvernunft und Torheit, Trägheit und Kurzsichtigkeit können die neue Schule und die neue Gesellschaft zwar nur auf Zeit verzögern, aber auch diese Zeit dauert uns!

Der Sozialist, die Elternschaft sollten alles tun, daß nicht die Jugend der Wucherer überliefert wird; sie sollten einsehen, daß die neue Erziehung nur im Kampf gegen die alten Mächte zum Siege gelangt und daß es hier keine „Versöhnung“ gibt!

Waffenfund.

Frankfurt a. d. O., 11. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Gestern vormittag war bei der Waffenerfassungsfeste in Berlin eine Meldung eingelaufen, daß sich in Frankfurt a. d. O. ein großer Waffenfund befindet. Gestern gegen Abend trafen in Frankfurt a. d. O. im Auto mehrere Berliner Beamte von der Erfassungsfeste ein. Nachdem sie sich der Hilfe der hiesigen Kriminalpolizei versichert hatten, fuhren sie zu dem angegebenen Waffensager, das sie bei einem Gastwirt in der Oberstraße feststellten. Der Gastwirt leugnete anfangs. Die Beamten begannen sofort mit der Durchsuchung aller Räume und fanden größere Posten von Leuchtpistolen, Zündschnüren und außerdem 100 Stielhandgranaten. Das Lager wurde beschlagnahmt, der Gastwirt verhaftet, aber heute früh wieder freigelassen. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übermittelte worden.

Arbeiterführer in Westpreußen verhaftet.

Die B. S.-Korrespondenz meldet aus Schneidemühl: In mehreren großen Industriestädten in Westpreußen wie in Graudenz, Thorn, Dirschau und Neustadt wurden aus Anlaß des letzten großen Streiks eine ganze Anzahl polnischer und deutscher Arbeiterführer durch die Polizei verhaftet und teilweise unter scharfer Bedeckung nach Warschau überführt. Die Verhaftungen erfolgten auf Weisung aus Warschau und sollen angeblich in einem Zusammenhang mit dem Aufheben zweier bolschewistischer Propagandazentralen in Kongresspolen stehen. Die polnische sozialdemokratische Partei Westpreußens hat beim Landtag scharfsten Protest gegen die Verhaftungen erhoben und die sofortige Freilassung der Arbeiterführer verlangt.

Groß-Berlin

Hochsommersymbol.

Auf schlankem Stengel, hochauferichtet, leuchtet jetzt die Sonnenblume aus den Gärten heraus. Vielfach hat sie sich selbst angefaßt, und besonders die Kolonisten gewähren ihr Gastrecht. Viel Ertrag bringt sie in der Regel nicht, denn das freche Spagenvolk umschwärmt sie bereits, lüftern nach den fetten Körnern. Wer die Blumen nicht mit einem Lappen oder Papier umwickelt, hat das Nachsehen; es bleibt ihm auch nicht ein Korn. Von der Sonnenblume hat sich die Sage herausgebildet, daß sie, mit dem Weiterwachen der Sonne sich drehend, dieser immer ihr Gesicht zuwendet. Es klingt sehr schön, ist aber leider nicht wahr. Bei Tausenden von Sonnenblumen hat man noch nicht an einer einzigen dieses stete Hinwenden nach der Sonne wahrgenommen. Tatsache ist nur, daß überall dort, wo sich die Blüte frei und nicht gehemmt durch Nebenblüten entfalten kann, die Blume sich stets dem Osten, der Morgen-sonne, zuwendet. Mit dem Laufe der Sonne sich zu drehen vermag sie jedoch nicht, das läßt schon die feste Struktur des Stengels nicht zu.

Schwarz-Rot-Gold.

Die Flaggen der Republik wehten heute aus Anlaß der Verfassungsfeier zum erstenmal von den Regierungsgebäuden. Ueber der Wilhelmstraße machten sich die neuen Farben besonders geltend. Ferner wehten sie vom Reichstag und Landtag und von den Dächern einiger Geschäftshäuser. Reichspräsident und Reichskanzler hatten ferner auf ihren Gebäuden zum erstenmal die ihnen zuerkannten gelben Flaggen mit der roten Umrandung und dem schwarzen Adler inmitten des Feldes gezeigt — schwarz-rot-gold in der Standardvariation. Die militärischen Dienstgebäude zeigten die neue Kriegsflagge schwarz-weiß-rot mit dem schwarzen Kreuz in der Mitte und der schwarz-rot-goldenen vorgeschriebenen Bösch in der linken oberen Ecke.

25 Hoteldiebstähle aufgeklärt.

Festnahme eines Diebesquartetts.

Der Schrecken der Berliner Hotelführer waren vier Diebe, die in verhältnismäßig kurzer Zeit für mehrere hunderttausend Mark Wertgegenstände erbeuteten. Von den vier Mann, die seit einiger Zeit Berliner Hotels verschiedenen Ranges und in verschiedenen Stadtvierteln unsicher machten, wurden zunächst ein gewisser Mali und ein Herbert Buchholz, genannt der „schöne Herbert“ festgenommen. Buchholz stellte sich krank und erlangte so die Freiheit wieder. Weil es ihm zu unsicher war, allein zu „arbeiten“, so sah er sich nach einem neuen Spießgesellen um und fand ihn in einem Kaufmann Karl Horn, der seinem Arbeitgeber in Köln a. Rh. mit 75 000 M., die er zur Bank bringen sollte, durchgebrannt war.

In ganz kurzer Zeit brachten es diese Beiden dann auf 13 Hoteldiebstähle. Die wertvolleren Beutestücke machten sie bei Trödlern, Pfandweihen und in Koffern, besonders in der Ringstraße, zu Gebe. Die Beamten der Dienststelle B 1 4, der die Bekämpfung der Hoteldiebstähle besonders obliegt, richteten ihr Augenmerk namentlich auf Gäste, die zur Zeit der Diebstähle oder kurz vorher in den betreffenden Hotels abgestiegen waren. Die Personenbeschreibungen solcher Gäste erinnerte sie sofort an Buchholz. Die Beiden beschloßen, wie die Beobachtungen ergaben, regelmäßig nach getaner Arbeit das Kaffee-„Rational“, um ein Stündchen Bilanz zu spielen. Nach einem solchen Erholungsstündchen wurde Buchholz vor einigen Tagen, als er das Kaffee verließ, von den Beamten ergriffen. Sein Beiseiter, der Defraudant Horn, der schon vor einem Jahr aus Köln verschmunden war, entwickelte. Er fand sofort einen neuen Mitarbeiter in einem Kaufmann Fröh Hubach, der auf diesem Gebiete schon bewandert war und erst vor kurzer Zeit das Strafgefängnis verlassen hatte. Auch diesen Beiden gelang es in kurzer Zeit wieder eine ganze Reihe von Diebstählen, bis sie gestern mit ihren Mädchen in den Hotels, in denen sie wohnten, von den Beamten des Dezernats ermittelte und ebenfalls festgenommen wurden. 25 Diebstähle konnten den Verhafteten nachgewiesen werden. Wahrscheinlich haben sie noch viel mehr auf dem Kerbholz, auch in den Ostseebädern, wie Swinemünde, wohin sie Abstrecher zu machen pflegten.

Feuer in einer Moabit-Kaserne.

Die Berliner Feuerwehr wurde von fast allen Feuermeldern Moabits heute früh gegen 9 Uhr nach der ehemaligen Kaserne des Garde-Feldartillerie-Regiments in der Kruppstraße 15 alarmiert und rückte sofort in großer Stärke aus. Als Brandmeister Lindner mit dem 15. Löschzuge an der Brandstelle ankam, brannte der westliche Dachstuhl der jetzt vom 13. Reiterregiment benutzten Kaserne in großer Ausdehnung. Explosionen von Handfeuerwaffenmunition und brennende Handgranaten stießen die Feuerwehrleute geboten erscheinen. Da indes mehrere in der Kaserne wohnende Zivilpersonen in Gefahr schwebten, wurde diesen schnell Hilfe gebracht. Es gelang, alle gefährdeten Personen über die total verqualmten Treppen in Sicherheit zu bringen. Mit 1 B-Rohr und 5 A-Rohren von Motorpumpen wurde energisch längere Zeit gelöscht, wobei eins auf dem Kasernenhof aufgerichtete mechanische Leiter ausgezeichnete Dienste leistete. Die in den Bodenträumen lagernden Handfeuerwaffen konnten zum größten Teil wirksam gelöscht werden. Der Schaden ist nicht unbedeutend. Die Entstehung konnte noch nicht aufgeklärt werden. Gegen 11 Uhr war die Gefahr beseitigt und um Mittag konnten die letzten Löschzüge wieder abziehen. Der Qualm des Brandes war in Moabit weit hin sichtbar gewesen und hatte zahlreiche Personen veranlaßt, nach der Kruppstraße zu eilen, die aber von der „Schupo“ abgeperrt war. Das Dach der Kaserne und ein Teil der Bodenträume müssen erneuert werden.

Restwagen auf den Güterbahnhöfen.

Vom Betriebsrat des Anholer Güterbahnhofs wird uns geschrieben: Die Staatseisenbahnverwaltung scheint ihre Aufgabe darin zu erblicken, den Güterverkehr möglichst zu hindern. Zum Beweise für diese Behauptung wird das folgende angeführt: Seit langer Zeit stehen auf diesen Berliner Güterbahnhöfen Hunderte von nichtausgeladenen, sogenannten Restwagen. Die Betriebsräte versuchen seit 3 Wochen dem Uebelstand abzuhelfen. Die Zusage des einen Tages, endlich Arbeiter einzustellen, wird am andern Tage zurückgezogen. Man hat die

ganze Güterannahme eines großen Bahnhofes für einige Tage vollständig gesperrt. Als ob man einen Fluß absperrten könnte! Der Erfolg war, daß nicht nur die Eisenbahn, die Arbeitslosen, sondern auch die Expedition und dadurch Handel und Industrie schwer geschädigt wurden. Die Zahl der Restwagen stieg gerade durch diese Maßnahme weiter. Nun hilft sich die Verwaltung damit, daß sie „Erhebungen“ anstellt. Inzwischen ziehen die Dienststellen Packer zum Entladen heran, die unbedingt notwendig sind, damit die Wagen, die 500 Kilometer und mehr zurücklegen müssen, richtig ausgenutzt werden. Auf der einen Seite werden vielleicht 10 M. Wohnersparnis erzielt, auf der andern aber für Tausende Mark Laderaum vergeudet. Waren z. B. auf einem Bahnhof allein vor 14 Tagen 20 Arbeiter eingestellt worden, so hätte man damit die Restwagen entleert. Man hätte mit 100 Wagen gegen 300 000 M. verdienen können. Es steht also einer Arbeitslohnersparnis von rund 10 000 M. ein entgangener Verdienst von mindestens 300 000 M. entgegen. Die volkswirtschaftliche Seite ist noch viel bedeutender. Man weiß auch in der Verwaltung, daß der Verkehr in nächster Zeit wegen der Beförderung der neuen Ernte noch mehr steigen wird. Jetzt sind die Wagen schon knapp, man weiß daß in nächster Zeit nicht nur das Material, sondern auch das Maschinenmaterial nicht ausreichen wird. Man müßte jetzt versuchen, reinen Tisch zu machen und alle Güter schnell befördern, um sich auf den großen Herbstverkehr einzurichten. Das Verantwortlichkeitsgefühl treibt die Betriebsräte, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, um auf diese Weise eine Besserung dieser Zustände zu erzielen.

„Winterfreuden.“

Der Verein deutscher Kürschner, Leipzig, veranstaltete gemeinsam mit dem Verband der deutschen Modenindustrie anläßlich der Herbstmodenwoche in Berlin im Theateraal der „Scala“ eine Pelzkleider- und Hüteschau. Man zeigte die Schöpfungen der verschiedenen Firmen im Rahmen eines „Modischen Spiels“, erdacht und inszeniert von Rochus Gliese, der zu diesem „Wintertraum“ die Theaterkostüme und -dekorationen entworfen hatte.

Die Idee des „Wintertraums“ war nicht sehr kompliziert: Offi Oswald, die Filmschauspielerin, gab eine Märchenkönigin aus dem fernen Osten; Albert Paulig war ihr Partner, der als schiffbrüchiger Passagier sich in das östliche Märchenland rettete und von den hiesigen Mächten zu der chinesisch gekleideten Herrin gebracht wird. Hier entwickelt er eine rege Tätigkeit, indem er versucht, sie von der Kultur und Schönheit der europäischen Mode allerneuester Ritzung pantomimisch zu überzeugen. Nachdem Tänzerinnen und Kinder aus der Grimm-Reiterschule ihrerseits allerlei mehr oder weniger östliche Tänze zum besten gegeben hatten, zauberte Albert Paulig seinerseits aus Koffern und Kisten, die offenbar mit ihm den Schiffbruch überstanden hatten, eine Anzahl europäischer Kulturträgerinnen heraus, die mit den Erzeugnissen der Kleider- und Pelzindustrie von 35 deutschen Großfirmen ausgestattet waren. Diese unwahrscheinlich schlanken Gestalten schritten zur Musik über die Bühne und zeigten den zahlreich erschienenen Ausländern Pelzwerk, Sportanzüge, Kleider und Hüte, deren Kostbarkeit, was Material, Verarbeitung und Schnitt anbelangt, ebenso märchenhaft erscheint wie das ganze Märchenstück. Sämtliche Kleidungsstücke waren so raffiniert, daß selbst die valutatragendsten Ausländer erstaunt sein mußten, ein derartiger Luxus kommt auch für den erfolgreichsten deutschen Kriegsgewinnler nicht in Betracht, für die Kapitalisten aus der Vorkriegszeit wahrscheinlich auch nicht. Es ist also alles für das Zustand bestimmte, die Pelze, die rechts und links getragen werden können, die Sportkleidung für Damen, in denen die enganliegende Hose besonders betont ist, die filmhafte dekorativen Hüte und die seltenen Kleider mit ihren vielen, vielen Garnituren, von denen die Edelsteine und Spitzen am meisten bewundert werden müssen.

Es steckt eine Menge Maschinen- und Handarbeit in diesen Kostbarkeiten, und das ist das Verhältniß dabei, man hat eine gehobene Arbeit geleistet, als dieser vor allem durch das prächtige Material wertvoll gewordene Kleiderluxus erdacht und ausgeführt wurde.

Massenbesuch im Leichenschauhaus. Die Nachricht, der am Engelbecken gefundene Kopf der anscheinend einem Luftmorde zum Opfer gefallen weiblichen Person sei von ärztlicher Seite präpariert worden und nun in der Schauhalle zur Rekonoszierung ausgestellt, veranlaßt große Scharen von Menschen, sich dorthin zu begeben. Heute vormittag wurde die Schauhalle gegen 10 Uhr geöffnet, und sofort begann die Wanderung. Der Kopf erhob sich in einem Glaslasten, hatte eine graue Farbe und nur noch wenig Haar. Daneben lagen die Hände der Toten. An dem einen Finger befand sich die charakteristische Gestaltung des Nagels, welche vielleicht zur Feststellung der Persönlichkeit der Toten führen mag. Diese dürfte bei dem Zustande der Leichenteile sonst manche Schwierigkeiten haben.

Beim Freibaden ertrunken ist eine unbekannte Frau, deren Leiche gestern zwischen Rüggelehort und Prinzengarten aus dem Müggelsee gefischt und nach der Halle in Köpenick gebracht wurde. Die Unbekannte ist etwa 35 bis 40 Jahre alt und 1,70 bis 1,75 Meter groß und trug einen roteingefachten grauen Bodenzug. Die Tote, deren Persönlichkeit die Polizei des 16. Bezirk jetzt festzustellen bemüht ist, trug einen Trauring mit den Zeichen R. B. M. B. 1903.

Großer Geldschrankbruch. Große Beute machten Einbrecher, die in der vergangenen Nacht ein Geschäft in der Seydelstraße heimlich und nach Art der gewerbsmäßigen Verbrecher das Spind aufknabberten. Außer 62 000 polnische Mark, sogenannte Kriegsgeldnoten, fielen ihnen besonders goldene und silberne Wertgegenstände in die Hände, darunter eine 18karätige goldene Herrenuhr mit rundem Wägel, 24 goldene Armbanduhr-Caletten, gestempelt 375 Coraire, dazu goldene Ziehblätter mit dem Stempel 833, alles von gelber Farbe, eine silberne Ankerherrenuhr der Marke „Havilla“, Silber-Lulu-Ziehblätter für Caletten, gelbe Ziehblätter usw. Für die Wiederbeschaffung der Beute ist eine Belohnung von 4000 M. ausgesetzt. Mitteilungen, die auf Muthil vertraulich behandelt werden, nimmt die Kriminalpolizei gegen Belohnung im Zimmer 33 des Polizeipräsidiums entgegen.

Unstillskarten mit mehreren Unterschriften sind auch dann, wenn sie sonst nur höchstens fünf Gruß- oder Höflichkeitsworte enthalten, wie gewöhnliche Postkarten zu frankieren. Es ist also nicht zulässig, daß für 15 Pf. Porto drei, fünf oder noch mehr verschiedene Personen unterschreiben. Dagegen werden Unterschriften wie „Schulze und Frau“ oder „August Müller und Sohn Gustav“ nicht beanstandet.

Der Verein der Freiwörter für Feuerbekämpfung e. V. Berlin hielt eine außerordentliche Generalversammlung im Zirkus Busch ab, die von ca. 4000 Mitgliefern besucht war und die sich in der Hauptsache mit der Reorganisation des Vereins beschäftigte, die die Einführung des Delegierten-systems und eine Ausdehnung über das ganze Reich bezweckt. Dem vorgelegten Entwurf wurde nach unwesentlichen Veränderungen zugestimmt. In Bezug auf die Entwicklung des Vereins berichtete der Vorsitzende Müller, daß die Mitgliederzahl auf über 108 000 und das Vermögen auf mehr als 4 000 000 Mark angewachsen sei, und daß anzunehmen wäre, daß durch die beschlossene Ausdehnung des Vereins über das Reich das 2. Hunderttausend Mitglieder bald erreicht werde. Die demnächst in Betrieb zu nehmenden Leichenausfahrtsfahrzeuge, mit denen Leichen auch von weit her überführt werden, dürften dazu das Ihrige beitragen.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, zeitweise auflockernd, jedoch überwiegend bewölkt, mit leichten Gewitterregen und meist schwachen südlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Kreis. **Sozialdemokr. Partei.** Freitag, den 12. August erzielte Kreiswahlversammlung 7 Uhr bei Reim, Urbanstraße 29
15. Wkt. Heute abend 7 1/2 Uhr Funktionärversammlung bei Große, Blumenstraße 38. Die Parteivertrantensleute und Kreisverbände sind hierzu eingeladen.

Gewerkschaftsbewegung

Sturm gegen die Einheitsfront.

Zu dem Streit in den reaktionären Beamtengewerkschaften über die Vereinbarungen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Deutschen Beamtenschaftsbund erfahren wir folgendes:

Die Reichspostgewerkschaft, eine lose Vereinigung der Postbeamtenfachvereine, hat in ihrer Vorstandssitzung beschlossen, den Vereinbarungen nur zuzustimmen, wenn eben solche auch mit allen anderen Arbeitergewerkschaften — also Christlichen, Hirsch-Duncker'schen und Gelben — getroffen werden.

Eine gleiche Vereinbarung mit den Christen ist schon deswegen eine Unmöglichkeit, weil bekanntlich der Abgeordnete Dr. Höfle (3.) im direkten Auftrage des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes die christlichen Beamtengewerkschaften — zurzeit die schärfsten Gegner des Deutschen Beamtenschaftsbundes — aufzieht. Darüber hinaus aber wird der Wert der Vereinbarungen für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund durch die Spannung von Fäden zu den Gelben kaum erhöht werden.

Am Bayerischen Beamtenschaftsbund läuft die Bewegung auf eine Ablehnung der Vereinbarungen hinaus. Man unterhält sich nur noch über den Robus, wie man sie zu Fall bringen kann. Sollte eine glatte Ablehnung auf der Tagung des Bundesauschusses des Beamtenschaftsbundes in der kommenden Woche nicht durchzubringen sein, so will man, wie die Reichsgewerkschaft, beantragen, entsprechende Vereinbarungen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund abzuschließen, in der Hoffnung, das Ziel auf diese Weise zu erreichen. Sollte auch dies unmöglich sein, so will man versuchen, die Entscheidung bis zum Bundestag des Deutschen Beamtenschaftsbundes hinauszuschieben. Das ist ein Plan, der kaum den Absichten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes entsprechen dürfte.

Interessant ist auch die Mitteilung, daß der Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaftsring sich bereit hat, wegen Abchlusses entsprechender Vereinbarungen beim Deutschen Beamtenschaftsbund vorstellig zu werden.

3. Internationale Feiseurgehilfen-Konferenz.

Reichenberg (Tschchoslowakei), den 9. August. In der Saale der Handelskammer wurden die Verhandlungen der Konferenz von dem internationalen Sekretär Etkorn-Berlin heute früh eröffnet. Erschienen sind drei Delegierte aus Deutschland, je zwei aus Dänemark, Schweden, Österreich, dem deutschen und dem tschechischen Sprachgebiete der Tschchoslowakei und je ein Delegierter aus Frankreich und Finnland. Die ungarische Organisation hat die österreichische mit ihrer Vertretung betraut, während eine Reihe der noch im Aufbau begriffenen Verbände, wie England und Holland, noch keine Vertreter entsenden konnten. Invertreten sind die Organisationen in Norwegen und der Schweiz. Die Gewerkschaftszentrale für das deutschsprachige Gebiet Tschechiens ist durch den Abgeordneten Genossen Schäfer vertreten, der Bekleidungsarbeiterverband in Reichenberg durch den Genossen Palutz. Die Prager Gewerkschaftszentrale hat sich in ihrem Organ darüber beschwert, daß man in der Tschchoslowakei eine solche Konferenz abhalte, ohne sie dazu einzuladen, und daran einige unfreundliche Bemerkungen geknüpft. Das Reichenberger Kommunistenblatt griff diese Erörterungen auf, um die „Tagung der Amsterdamer“ in ein schiefes Licht zu stellen. Etkorn gab Aufklärung darüber, wie es kam, daß die Prager Gewerkschaftszentrale nicht verständigt worden ist. Erst in jüngster Zeit sei es zur Fühlungnahme mit der tschechischen Feiseurgehilfenorganisation gekommen, während mit der deutschen Zentrale die Verbindung durch den Anschluß der deutschsprachigen Gewerkschaften schon länger bestehe. Nationalistische Motive lägen der Konferenz und ihrer Leitung durchaus fern. Genosse Schäfer betonte, daß hierzu kein Grund vorliege, da zwischen den beiden Gewerkschaftszentralen das beste Einverständnis herrsche, und seitens der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale Schritte eingeleitet sind, zu einer engeren Verbindung bzw. einer Vereinigung beider Gewerkschaftsgruppen.

Als Vorsitzender der Konferenz wurde Etkorn gewählt, zum Schriftführer Präsehalh-Wien. Die provisorische Tagesordnung wurde unanversändert angenommen. Gegen den Bericht des Sekretärs seit der letzten Konferenz im Jahre 1911 wurden keine Einwendungen erhoben, vielmehr dem Kollegen Etkorn Dank und Anerkennung für seine Tätigkeit auf Beschluß der Konferenz ausgesprochen. Die De-

legierten hatten ihre Berichte größtenteils schriftlich eingereicht und verzichteten auf mündliche Ergänzungen. Die Prager Delegierten gaben eine eingehende Schilderung ihrer Organisationsverhältnisse, die durch die Reichenberger Vertreter vervollständigt wurde. Daraus ging insbesondere hervor, daß die sozialistischen und die kommunistischen Parlamentsvertreter für die gesetzliche Einführung der Sonntagsruhe in der tschechisch-slowakischen Republik eintreten, so daß diese sobald zu erwarten ist. Die Berichte insgesamt ergaben, daß die Frage der Sonntagsruhe in allen Ländern brennend ist und bereits mehr oder minder große Erfolge zu verzeichnen sind. Die Durchführung des Achtstundentags macht den Feiseurgehilfen noch recht viel zu schaffen. Auch die Befestigung des Trinkgeldwesens, die Abschaffung des teilweise noch immer bestehenden Kost- und Logiszwangs und die Bekämpfung der Lehrlingszuchterei ist noch Aufgabe der Feiseurgehilfenorganisationen.

Zur Neuregelung der internationalen Beziehungen liegt der Konferenz ein Programm und Sachungsentwurf vor. Etkorn erläuterte den Programmtext, der insbesondere die hygienische Seite des Feiseurgewerbes berührt, das Mitbestimmungsrecht der Gehilfen und die Reform des Lehrlingswesens. Nachdem die Kassenrevisoren befragt waren, wurden die Verhandlungen des ersten Tages beendet.

Planwirtschaft und Aufbau.

Mit diesem Thema befaßt sich eine Artikelserie, die in der neuesten Nummer der „Betriebsrätezeitung“ fortgesetzt wird. Der Aufbau planwirtschaftlicher Fachverbände wird geschildert, ferner die Bedeutung des Marktes in der Planwirtschaft, die Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, die Stellung der Arbeitnehmer und Abnehmer in den Selbstverwaltungskörpern untersucht. Nunmehr werden die sachverständigen Kritiker aufgerufen, weiteres Material zur Erforschung des Planwirtschaftsproblems zu liefern. In der gleichen Nummer ist der Vortrag von Prof. Dr. Reberer vor den Berliner Betriebsräten enthalten, ferner ein Bericht über die Neuorganisation des Handwerks. Ein Aufsatz über das „Museum für die Meisterwerke der Naturwissenschaften und Technik“ als auch die Fortsetzung der Diskussion über die „Betriebsparoxys“, Gesetz und Recht, sowie eine sehr instruktive Arbeit von Prof. Bohn „Deutschland und der Weltmarkt“ mit wertvollen Zahlen ergänzen den Inhalt. Eine für die „Betriebsrätezeitung“ gezeichnete Karte zeigt dieses Mal Sibirien und Ostasien.

Eine Fülle von Lehrstoff enthält wiederum diese Nummer der Zeitung, die jedermann bei jedem Postamt oder Briefträger abonnieren kann.

Der Streit in den Berliner Geschäftsbuchfabriken ist noch nicht beendet. Die bestrittenen Firmen suchen in den Tageszeitungen Buchdrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter, Transportarbeiter und Schlosser. Wir warnen die organisierte Arbeiterschaft vor Annahme von Arbeit in den bestrittenen Betrieben und zwar von Asbelm, Riefenstahl, Jagert, Bachmann u. Göbel, Jürgens, Schönwald, Heuer, Hoffmann, Cich u. Friedländer, Hilbrand u. Stephan, Welsch, Weber. Bleibt strengste Solidarität! — Das Graphische Kartell.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Freitag 6 Uhr, findet bei Hoelzer, Weberstr. 17, Versammlung der Kolonialfahrer, Coeditionsarbeiter usw. statt. Bericht der Tarifverhandlungskommission über Wählmann des Tarifvertrages. Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt. — Einmalstreffen der Kreditgehilfen Freitag, 7 Uhr, bei Müller, Straßauer Str. Gruppenversammlung. Tagesordnung: Die Abklärung unserer Forderungen durch die Arbeitgeber.

Gewerkschaftsaktuell Romanow. Freitag 7 1/2 Uhr bei Dinkel, Sitzung der neuorganisierten Kantonalen-Kaufmannsmitglieder. Unterzeichnung der Wahlannahme-Erklärung.

Soziales.

Sicherung des Achtstundentages.

Der Achtstundentag muß eingehalten werden. Der Unternehmer ist verpflichtet, auch seine Arbeiter dazu anzuhalten. Das bayerische Oberlandesgericht hat entschieden: Der Arbeitgeber ist selbst dann strafbar, wenn er die 8 Stunden überschreitende Arbeit des Arbeitnehmers, zu der sich dieser freiwillig erboten oder herbeiläßt, in seinen gewerblichen Betrieben auch nur duldet. Es ist belanglos, daß die Arbeiter einerseits zu einem regelmäßigen Fortgang des Betriebes unbedingt notwendig waren, andererseits nur außerhalb des regelmäßigen Betriebes ausgeführt werden konnten, es sei denn, daß eine längere Beschäftigung des Arbeiters von zureichender Stelle genehmigt wird.

Es ist also verboten, einen Arbeiter länger als 8 Stunden zu beschäftigen, ohne daß besondere Genehmigung dazu eingeholt ist. Durch ein Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums wird die

selbständige Anordnung von Überstunden durch den Betriebsleiter nur in außergewöhnlichen Fällen für zulässig erklärt, in denen die Notwendigkeit unerzüglicher Vornahme von Überstundenarbeit unerwartet eintritt. (R.S.)

Berufspädagogische Woche an der Universität Münster.

Eine bedeutungsvolle Einrichtung zur Fortbildung der Lehrer an Fach- und Berufsschulen soll veranschaulicht vom Preussischen Handelsministerium geschaffen werden. In Verbindung mit dem 3. Gewerkschaftskursus, der im Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster, Johannisstraße 9, stattfindet, soll eine Berufspädagogische Woche vom 12. bis 17. September abgehalten werden, die eine Einführung in die wichtigsten Fragen der Betriebslehre, des Arbeitsrechts und der Arbeiterbildung geben soll. Als Dozenten sind vorgegeben Prof. Blenge (Aufbau des Kapitalismus), Ingenieur Boldt (Soziale Betriebslehre), Prof. Bühler (Einführung in das Arbeitsrecht), Prof. Terhalle (Privatrechtslehre und Arbeiterrecht), Ministerialrat Kühne (Pädagogische Besprechungen). Es können noch in gewissem Umfang Teilnehmer zugelassen werden. Anmeldungen sind bis 31. August an das Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin W. 9, Leipziger Straße 2, zu richten.

Aus aller Welt.

Gefängnismeuterei in Deutschösterreich.

Vier Sträflinge getötet, mehrere verletzt.

Wien, 9. August. (CP.) Am Sonntag ist in der Strafanstalt Steyr, an der Donau gelegen, in der ungefähr 1250 Sträflinge untergebracht sind, eine Revolte ausgebrochen. Ähnlich wird als Ursache angegeben, daß das sogenannte Haftverlängerungsgesetz, nach dem jeder Sträfling bereits nach Verbüßen von Zweidrittel seiner Strafe auf freien Fuß gesetzt wurde, nach dem Kriege aufgehoben und an seine Stelle die bedingte Straferlassung gesetzt wurde. Die Sträflinge wollten nun dieses Haftverlängerungsgesetz wieder erzwingen. Sie hatten sich deshalb mit Eingaben an das Justizministerium und das Parlament gewandt und mit Gewaltmaßnahmen gedroht. Ein Vertreter des Oberstaatsanwalts hat mit den Sträflingen 2 Tage lang verhandelt. Endlich am Sonntag brach der offene Widerstand unter den Sträflingen aus. Sie weigerten sich, nach einem Spaziergang in ihre Zellen zurückzuführen, und der Direktor der Strafanstalt, der das Kommando voraussetzte, nahm die Hilfe der Volkswehr in Anspruch. Die Truppen brachten mit großer Mühe die Häftlinge in ihre Zellen zurück. Dort begannen sie alles kurz und klein zu schlagen und die Einrichtungen zu zerstören und Eisenstücke auf das Militär zu werfen. Daraufhin machte das Militär von der Waffe Gebrauch; es wurde aber auch von den Sträflingen aus den Zellenfenstern geschossen. Vier Sträflinge wurden getötet, mehrere verletzt. Ein Ausbruch aus der Strafanstalt konnte vermieden werden. Der Schoden, der durch die Demonstration angezündet wurde, geht in die Millionen.

Gräßliches Autounglück. Mittwoch mittig flog auf der Straße nach Elend im Harz von einem Privatauto ein Rad ab und schlug mit solcher Wucht einer spaziergehenden Dame gegen den Kopf, daß sie sofort tot war. Das Auto, das durch das abgestoßene Rad steuerlos geworden war, fuhr in den Wald und stürzte um. Dabei erlitten zwei von den drei Insassen, eine Dame und ein Herr, schwere Verletzungen. Die Getötete ist eine Frau Pätz aus Leipzig, die zur Kur in Elend weilte.

Sechsfacher Mord bei Bromberg. In Adl. Kruschin sind folgende Personen ums Leben gebracht: Der Besitzer Albert Ulrich und seine Frau Emma, der Schwiegervater Ulrichs namens Fritz und dessen Sohn Gottfried, ferner der Anwalt Detala und eine Frau, deren Name noch nicht festgestellt werden konnte. Sämtliche Personen sind erschossen worden, nur ein sechs Monate altes Kind blieb verschont. Die Mörder haben die ganze Wohnung ausgebraut.

Pinsk abgebrannt. Durch einen riesigen Brand wurde Pinsk (Polen), eine Stadt von etwa 60 000 Einwohnern, fast vollständig eingeebnet. Die Lage der Abgebrannten ist entsetzlich. Hunderte von Familien kampieren auf offenem Felde. Rings um Pinsk wüten Waldbrände.

Verantw. für den rehaft. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Giese, Berlin. Verlag: Betriebs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Soc. editio-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gardinen Haus Neukölln

25. Bergstr. 26.

Eröffnung Freitag

den 12. August 1921
vormittags 10 Uhr



Spezial Geschäft für Innendekoration

Hervorragende Angebote:

Gardinen - Stores - Bettdecken
Künstlergardinen in Tüll, Etamine und Madras
Bettvorleger, Läuferstoffe, Divandeecken, Steppdecken
Gobelins, Wachstuche

Sachgemäße Beratung in allen Angelegenheiten der Innendekoration

Kostenanschläge gratis

LAUSE

nebst Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwaben werden radikal vernichtet durch PFEIFFEROL

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Pflüger, Berlin N. 65, Schulstraße 16.

Absehriffen, Diktate, Verleihel-tigungen übernimmt Adior, Fröbenstr. 21, Nollend. 1640.

Prismen-Feldstecher besond. Zeiss u. Goerz werden ständig angekauft
Photohaus Stookelmann Berlin W 9, Potsdamer Str. 135

Möbel zu niedrigsten Preisen liefert an Private Kleinauswahl
Schiffs- 1600-1875 RM.
Speis- 1710-1870 RM.
Brosch- 1750-1785 RM.
Wohn- 825-890 RM.
Küchen- 445-585 RM.
Berechnung freis. Berechnung teils 10jähr. Garantie.
Möbel-Haus Rejowski Berlin, Dofstr. 66

Leiterwagen u. alle and. Transportgeräte liefert billigst Großer Vorrat.
Georg Wagner, Cöpenicker Str. 71. Kein Ladengeschäft.
Vorwärtsstrebende und Gräber
Gute Bestenmöglichkeit: Aufführung und Berechnung seltener Gräber: Ein neuer Geist? Jeder gratis
F. Erdmann & Co., Berlin, Königsberger Str. 11.

Nutzeisen
Stabstaben, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerbänke, Riemenrollen, Fußstangen usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben
Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln
Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170
COHN & BORCHARDT
Zentrale: Lichtenberg, Rittargutstr. 47/48
Telegr.-Adresse „Ercobor“. Tel. Lichtnbg. 616/647

ANTIKVIELLICHSCHAFT VCDM
SEIDEL & NAUMANN
BRESDEN
Vertreter: Emil Halbarth
BERLIN W 8, Friedrichstraße 55a
TELEPHON: Zentrum 10440